

4. 25 Für eine starke Mädchen- und Frauenpolitik

Beschluss der BDKJ-Bundesfrauenkonferenz vom 06.05.2010

Der BDKJ und seine Mitgliedsverbänden setzen sich für eine gerechte Gesellschaft ein, in die sich Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene mit ihren je eigenen Kompetenzen, Stärken und Schwächen einbringen können.

In den letzten Jahren sind unterschiedliche Konzepte entstanden Ungerechtigkeiten zu begegnen, wie die Strategie Gender Mainstreaming und Managing Diversity, die der BDKJ zusätzlich in seine bestehende Arbeit einbezieht. Doch im Blick auf noch immer bestehende Geschlechtergerechtigkeiten muss die geschlechterspezifische Politik und Arbeit weiterhin eine wichtige Rolle neben neueren Konzepten einnehmen. Mädchen und Frauen erleben in unserer Gesellschaft noch immer eine strukturelle Benachteiligung, der sich weder durch Gender Mainstreaming noch durch Managing Diversity allein begegnen lässt. Der BDKJ gestaltet eine eigenständige Mädchen- und Frauenpolitik sowie -arbeit und setzt sich für deren Sicherung ein.

Mädchen und Frauen erleben sich zunehmend als gleichberechtigt, sie präsentieren sich mit einem neuen Selbstbewusstsein und entwickeln Lebensentwürfe, die auf der Annahme von gleichberechtigten Beziehungen und gleichen Chancen beruhen. Auch mit Blick auf Bildungsabschlüsse hat sich die Lage von Mädchen und jungen Frauen in den letzten Jahrzehnten durchaus verbessert: Mädchen und Frauen in Deutschland schließen ihre Schullaufbahn und ihre Ausbildungen erfolgreich ab, stellen in vielen Fächern die Hälfte aller Studierenden und können insgesamt als hoch qualifiziert gelten. Umso frappierender ist es, dass sich diese Erfolgsgeschichte im weiteren Berufs- und Arbeitsleben oft nicht fortsetzt.

Nach wie vor besteht im Geschlechterarrangement eine Vielzahl von Chancenungleichheiten. Beispielsweise liegt der Anteil der Frauen in den Aufsichtsräten der 200 größten deutschen

Unternehmen bei nur 9,8 Prozent. Frauen verdienen noch immer 23 Prozent weniger als Männer und haben weiterhin eine längere Erwerbspause durch Familien- und Pflegezeiten als Männer. Es arbeiten deutlich mehr Frauen als Männer in unsicheren, gering entlohnten Beschäftigungsverhältnissen und Frauen sind stärker von Altersarmut betroffen.

Auch wenn Mädchen, Frauen, Gesellschaft und Medien häufig das Bild der selbstbewussten Frau zeichnen, die alles schaffen kann, so ist die „gläserne Decke“ noch immer existent. Diese Barriere ist zurückzuführen auf gesellschaftlich geltende und zumeist einschränkende Rollenzuschreibungen und die damit verbundene Prägung von Kindern, Jugendlichen und der Gesellschaft, die oft erst im Erwachsenenalter als Benachteiligung wahrgenommen werden. Sie wird unter anderem verschärft durch die unterschiedliche Bewertung von männlich und weiblich konnotierten (Berufs-)Tätigkeiten sowie durch die Verdeckung noch immer bestehender Geschlechterhierarchien. Auf offensichtliche strukturelle Benachteiligungen, wie Entgeltungleichheit (vgl. Beschluss der Bundesfrauenkonferenz 2009 „Entgeltgleichheit – jetzt!“) reagiert die Bundesregierung lediglich mit Appellen an Wirtschaft und dem Aufruf zu Selbstverpflichtungen.

Der BDKJ äußert sich seit vielen Jahren zu gesellschaftlichen Themen wie Arbeit, Soziales, Gesundheit aus Mädchen- und Frauenperspektive und versucht so zu einer gelingenden Politik und einer zukunftsfähigen Gesellschaft beizutragen.

Der BDKJ setzt sich weiterhin für eine starke Mädchen- und Frauenpolitik ein und fordert deshalb von Verantwortungsträgern und Verantwortungsträgerinnen in Kirche, Staat und Gesellschaft mit diesem Beschluss erneut:

1. Verbindliche Quoten und einklagbare Frauenrechte im Öffentlichen Dienst und in

- der Privatwirtschaft (1995). Verstöße sind mit deutlichen Sanktionen zu belegen.
2. Abschaffung des Ehegattensplittings (1996). Nur so lassen sich steuerlich finanzierte Rollenzuschreibungen abbauen.
 3. Einführung von Mindestlöhnen (1996). Ziel ist die Erreichung einer eigenständigen wirtschaftlichen und sozialen Existenzsicherung von Frauen.
 4. Kostenfreie Kinderbetreuung (2009). Kinder sollen unabhängig von Geschlecht oder Herkunft gleiche Bildungsvoraussetzungen und Eltern die Chance zur Fortführung ihrer Erwerbstätigkeit erhalten.
 5. Transparente und diskriminierungsfreie Entlohnungssysteme sowie gendersensible Berufsberatung (2009). Ziel ist die Beseitigung von geschlechtsspezifischen Ungerechtigkeiten in Berufswahl, Ausbildung und Beruf.

Darüber hinaus fordert die BDKJ-Bundesfrauenkonferenz:

- Ziel der Mädchen- und Frauenpolitik muss es sein, überholte Rollenzuschreibungen abzubauen und so Mädchen und Frauen eine echte Wahlfreiheit zu ermöglichen. Verantwortliche in Politik müssen daher alle Vorhaben und Entscheidungen dahin gehend überprüfen, ob sie diesem Ziel zuträglich sind. Das aktuell diskutierte Betreuungsgeld bewerten wir als ein falsches Signal und lehnen es daher ab.
- Mädchen und Frauen erleben in unserer Gesellschaft nicht nur aufgrund Milieuzugehörigkeit, Sozialisation, Ethnie oder Behinderung usw. strukturelle Benachteiligungen, sondern bereits aufgrund ihres Geschlechts. Mädchen- und Frauenpolitik und -arbeit muss daher auch in Zukunft ihre Eigenständigkeit behalten. Hierzu bedarf es einer ausreichenden finanziellen Unterstützung und einer bedarfsgerechten Absicherung. Gelingende Programme müssen in eine Regelförderung überführt, vorgenommene Kürzungen überprüft sowie (Koordinierungs-)Stellen der Mädchen- und Frauenpolitik, sowie -arbeit abgesichert werden.
- In der medialen und gesellschaftlichen Diskussion werden Mädchen pauschal als die Bildungsgewinnerinnen dargestellt. Gerade Mädchen in benachteiligten Lebenslagen werden hierbei vergessen. Wir fordern die Durchführung von Maßnahmen, Modellprojekten und Forschungsvorhaben zur schulischen Förderung von Mädchen insbesondere aus so genannten bildungsfernen Schichten und prekären Lebenslagen.
- Mädchen, junge Frauen und Frauen bilden keine homogene Gruppe. Mädchen- und Frauenpolitik sowie -arbeit muss diese Vielfalt im Blick behalten und je spezifische Angebote entwickeln. Hierzu braucht es begleitende Forschung. Bestehende Gleichstellungs- sowie Mädchen- und Frauenförderprogramme müssen evaluiert werden.
- Im Sinne einer wirkungsvollen, nachhaltigen, parteilichen und emanzipatorischen Mädchen- und Frauenpolitik bedarf es im BMFSFJ eines Referates „Gleichstellungspolitik für Mädchen und Frauen“. Denn Politik darf Mädchen und Frauen nicht länger ausschließlich unter familien-, bildungs-, gesundheits- oder arbeitsmarktpolitischen Aspekten betrachten.